

An die
Vorsitzenden der Kommission
von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen
Herrn Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger
Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Peter Struck
c/o Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Kommission von Bundestag und Bundesrat
zur Modernisierung
der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Arbeitsunterlage
022 (neu)

Saarbrücken, 30. Januar 2008

Abfrage zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung

Sehr geehrter Herr Oettinger,
Sehr geehrter Herr Dr. Struck,

als Anlage übersende ich die im saarländischen Ministerrat am 29. Januar 2008 beschlossene Antwort auf den mit Ihrem Schreiben vom 17. September 2007 an die Finanzminister des Bundes und der Länder gerichteten Fragenkatalog.

Bei der Beantwortung des Fragenkataloges hat sich das Saarland eng an einem von den Finanzministern der B-Länder gemeinsam erarbeiteten Muster orientiert und die dort vorgesehenen Datengrundlagen verwendet.

Ebenfalls zur Verbesserung der Aussagekraft hat hinsichtlich der für den Zeitraum bis 2019 zugrundezulegenden Annahmen der Haushaltsentwicklung eine Abstimmung mit den Ländern Bremen und Schleswig-Holstein stattgefunden.

Das Saarland sieht sich im Ergebnis - trotz fortgesetzter konsequenter Konsolidierungspolitik - außerstande, unter den heute absehbaren Rahmenbedingungen aus eigener Kraft bis 2019 einen ausgeglichenen oder auch nur einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Auch kann ein späterer Zeitpunkt, bis zu dem dieses Ziel erreicht werden könnte, nicht genannt werden.

Die hohen Defizite des Saarlandes sind nicht die Folge autonomer landespolitischer Entscheidungen. Die maßgeblichen Ursachen hierfür sind vielmehr in den finanziell relevanten Strukturunterschieden zwischen den Ländern, speziell in der historisch bedingten Wirtschafts- und Sozialstruktur und der daraus resultierenden demographischen Veränderung begründet, die sich der unmittelbaren Gestaltung seitens der Landespolitik entziehen und nur über sehr lange Zeiträume allmählich beeinflusst werden können.

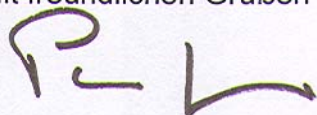
Damit zwischen Bund und allen Ländern enge Neuverschuldungsgrenzen vereinbart werden können, die für alle Beteiligten verbindlich und auch realisierbar sind, ist es da-

Der Minister



her erforderlich, gemeinsam eine gesamtstaatlich tragfähige Lösung des Problems der Bewältigung von Haushaltskrisen und der Vermeidung von Haushaltskrisen zu finden. Nur auf diesem Weg besteht die Aussicht, dass die von allen Beteiligten angestrebte Reform den Anstieg des gesamtstaatlichen Schuldenstands nachhaltig stoppt.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, consisting of a stylized 'P' followed by a horizontal line and a 'J'.

(Peter Jacoby)

Abfrage zur Entwicklung der öffentlichen Verschuldung im Saarland

Schreiben der Vorsitzenden der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vom 17. September 2007

Fragen 1 bis 4 (Finanzierungssaldo, Nettokreditaufnahme, Kreditmarktschulden, Zinsausgaben, jeweils ohne die kommunale Ebene):

Die Entwicklung des Finanzierungssaldos, der Nettokreditaufnahme sowie der Stand der Kreditmarktschulden des Saarlandes (**ohne kommunale Ebene**) in den Jahren 2005 bis 2008 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Daneben sind die Zinsausgaben sowohl für die angefragten Jahre 2006 und 2007 als auch für 2005 und 2008 abgebildet.

Tabelle 1:

	2005	2006	2007	2008
	- in Mio. Euro -			
Finanzierungssaldo ¹	-770	-692	-642	-585
Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt ²	773	692	642	587
Stand der Kreditmarktschulden ³	8.102	8.736	9.143	9.730
Zinsausgaben am Kreditmarkt ⁴	381	399	427	446

¹ Für die Jahre 2005 und 2006 sind in der Tabelle die Daten der Kassenstatistik, für die Jahre 2007 und 2008 die Soll-Werte ausgewiesen.

² Die Daten für die Jahre 2005 und 2006 sind der Haushaltsrechnung entnommen. Die Daten für die Jahre 2007 und 2008 entsprechen dem Haushaltsplan.

³ Die Daten für die Jahre 2005 und 2006 ergeben sich aus den Ergebnissen der Schuldenstatistik jeweils zum 31.12. des Jahres. Für das Jahr 2007 wird der Schuldenstand zum 31.12.2007 ausgewiesen. Die Kreditmarktschulden für das Jahr 2008 wurden auf Basis des Schuldenstandes zum 31.12.2007 sowie zuzüglich der geplanten Nettokreditaufnahme für das Jahr 2008 ermittelt.

⁴ Für die Jahre 2005 und 2006 sind in der Tabelle die Daten der Kassenstatistik, für die Jahre 2007 und 2008 die Soll-Werte ausgewiesen.

Finanzierungsdefizit und Nettokreditaufnahme sind über den gesamten Zeitraum hinweg überaus hoch. Nach den vorläufigen Ist-Zahlen für das Jahr 2007 ist selbst in diesem für den öffentlichen Gesamthaushalt günstigen Jahr eine erhebliche Nettokreditaufnahme von 377 Mio Euro zu verzeichnen, mit der die geltende Regelgrenze für die Kreditaufnahme immer noch um 127 Mio Euro (4 % des Haushaltsvolumens) überschritten wird. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Nettokreditaufnahme in 2007 bei einer periodengerechten Abrechnung des Finanzausgleichs erheblich höher ausgefallen wäre. Insbesondere aufgrund steigender Zinsausgaben und höherer Ausgaben im kommunalen Finanzausgleich sowie der in diesem Jahr zu erwartenden Rückzahlung von Einnahmen aus dem bundesstaatlichen Finanzausgleich ist weiterhin von der für 2008 im Haushaltsplan veranschlagten Nettokreditaufnahme auszugehen. Bis auf das Ist-Ergebnis des Jahres 2007 sind Finanzierungssaldo und Nettokreditaufnahme erheblich höher als die Zinsausgaben. Der Schuldenstand steigt kontinuierlich weiter an und wird im Jahr 2009 voraussichtlich erstmals den Wert von 10 Mrd. Euro überschreiten.

Schon die in der oben dargestellten Tabelle enthaltenen absoluten Werte geben Aufschluss über die Haushaltslage des Saarlandes. Noch deutlicher wird die Situation beschrieben, wenn die saarländischen Daten mit denen der Ländergesamtheit verglichen werden. Dies geschieht in der nachfolgenden Tabelle. So wird der Finanzierungssaldo je Einwohner und im Verhältnis zu den bereinigten Ausgaben (Defizitquote) ausgewiesen sowie die Kreditmarktschulden und die Zinsausgaben je Einwohner den jeweiligen Vergleichswerten der Ländergesamtheit gegenübergestellt.

Tabelle 2:

	2005		2006	
	Saarland	Ländergesamtheit ⁵	Saarland	Ländergesamtheit ⁵
Finanzierungssaldo in €je Einwohner	-728	-285	-650	-121
Defizitquote in v. H.	-23,3	-9,1	-20,7	-3,9
Kreditmarktschulden in €je Einwohner	7.758	5.811	8.338	5.889
Zinsausgaben in €je Einwohner	363	251	381	257

Finanzierungsdefizit und Defizitquote des Saarlandes sind um ein Vielfaches höher als die Vergleichswerte der Ländergesamtheit. Dies drückt sich in relativ stark steigenden Schulden je Einwohner aus. Der Zinseszinsseffekt führt zu einer immer stärkeren Abkopplung des Saarlandes von der finanzwirtschaftlichen Entwicklung der Ländergesamtheit. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung bereits in den Jahren 2007 und 2008, für die noch keine aussagekräftigen Zahlen bezüglich der Ländergesamtheit vorliegen, fortsetzen und eher noch verstärken wird.

⁵ Quelle für Ländergesamtheit: Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister

Frage 5.1 (Finanzierungssaldo, Nettokreditaufnahme, Kreditmarktschulden, Zinsausgaben, jeweils unter Einbezug der kommunalen Ebene):

In den nachfolgenden Tabellen werden die unter den Fragen 1 bis 4 abgefragten Werte **einschließlich der kommunalen Ebene** dargestellt. In Abweichung von den Ergebnissen der Finanzstatistik sind die Werte für 2006 um zwei relevante Sondereffekte bereinigt, die das Gesamtergebnis für das Saarland belastet haben. So wurde in einem Fall auf der kommunalen Ebene ein Darlehen in Eigenkapital umgewandelt und in einem zweiten Fall erfolgte eine Darlehensgewährung an Eigenbetriebe. Beide Effekte zusammen haben die Einnahmen um 123 Mio € und die Ausgaben um 203 Mio € erhöht. Finanzierungssaldo und Nettokreditaufnahme haben sich hierdurch um 80 Mio € verschlechtert. Bereinigt um diese Faktoren ergeben sich die nachfolgenden Vergleichswerte für das Saarland unter Einschluss der Kommunen und für die Ländergesamtheit.

Tabelle 3:

	2005 ⁶	2006 ⁵	2007 ⁷	2008 ⁶
	- in Mio. Euro -			
Finanzierungssaldo	-795	-734	-679	-639
Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt	729	624	679	641
Stand der Kreditmarktschulden	8.991	9.695	10.139	10.780
Zinsausgaben am Kreditmarkt	455	478	504	535
<i>nachrichtlich:</i> Kassenkredite der kommunalen Ebene ⁸⁾	1.027	1.060	1.060	1.060
Kreditmarktschulden + Kassenkredite	10.101	10.852	11.279	11.920

Es zeigt sich, dass die Werte für das Saarland unter Einbezug der kommunalen Ebene nicht besser ausfallen als für den Landeshaushalt alleine. Ein Beleg hierfür ist insbesondere auch der hohe Bestand an Kassenkrediten bei den saarländischen Kommunen.

⁶ Für die Jahre 2005 und 2006 liegen regionalisierte Ist-Daten des Statistischen Bundesamtes für die Kommunalhaushalte vor. Der Finanzierungssaldo und die Zinsausgaben der kommunalen Ebene wurden der Kassenstatistik, die Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt und der Stand der Kreditmarktschulden der Schuldenstatistik entnommen. Finanzierungssaldo und Nettokreditaufnahme sind bereinigt um den im Text dargestellten Sondereffekt.

⁷ Für die Jahre 2007 und 2008 liegen unter Einschluss der kommunalen Ebene zum jetzigen Zeitpunkt für das Land Planzahlen und für die Kommunen lediglich Schätzzahlen vor.

⁸ Wegen der besonderen Bedeutung der Kassenkredite auf der Kommunalebene werden diese sowohl separat als auch in einer Summe mit den Kreditmarktschulden ausgewiesen.

Auch unter Einschluss der kommunalen Ebene erleichtert ein Ländervergleich die Beurteilung der jeweiligen Haushaltslage.

Tabelle 4:

	2005 ⁹		2006 ⁸	
	Saarland	Ländergesamtheit	Saarland	Ländergesamtheit
Finanzierungssaldo in €je Einwohner	-751	-312	-767	-86
Defizitquote in v. H.	-18,0	-7,2	-17,2	-2,0
Kreditmarktschulden in €je Einwohner	8.615	6.981	9.263	6.948
Kreditmarktschulden +Kassenkredite je Einwohner	9.597	7.021	10.366	7.182
Zinsausgaben in €je Einwohner	434	308	456	315

Frage 5.2 (Berücksichtigung der Ausgliederungen):

Finanzierungssaldo, Nettokreditaufnahme sowie Zinsausgaben verändern sich auf Landesebene nicht, wenn Ausgliederungen erfasst werden, da diese nicht über eine eigene Kreditermächtigung verfügen. Über die Situation auf kommunaler Ebene liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Auf kommunaler Ebene im Saarland weisen auch die kommunalen Eigenbetriebe in erheblichem Umfang Schulden auf. Zur umfassenden Darstellung der Verschuldungssituation ist es daher erforderlich, zusätzlich auch den Schuldenstand der kommunalen Eigenbetriebe auszuweisen. Diese sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt:

Tabelle 5:

	2005	2006
	- in Mio. Euro -	
Kreditmarktschulden der kommunalen Eigenbetriebe ¹⁰	2.390	2.465

Schließlich sind auch die Kreditmarktschulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen des Landes, der saarländischen Kommunen und der Zweckbetriebe nachrichtlich zu erwähnen:

⁹ Quelle für Ländergesamtheit: Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister.

¹⁰ Quelle: Stat. Landesamt des Saarlandes.

Tabelle 6:

	2005	2006
	- in Mio. Euro -	
Kreditmarktschulden der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen des Saarlandes (Land, Gemeinden und Zweckbetriebe) ¹¹	3.623	3.808

Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, dass diesen Schulden auch Vermögenswerte gegenüberstehen, so dass die Aussagekraft der Tabellen 5 und 6 begrenzt ist.

Frage 6 (Einmaleffekte):

Neben den Einnahmen der Obergruppe 13 („Erlöse aus der Veräußerung von Gegenständen, Kapitalrückzahlungen“) in Höhe von 4 Mio Euro jeweils in 2005 und 2006 sowie von 4 Mio Euro in 2007 und den Ausgaben der Obergruppe 83 („Erwerb von Beteiligungen und dgl.“) in Höhe von 34 Mio Euro (2005), 39 Mio Euro (2006) bzw. 43 Mio Euro (2007) sind keine weiteren quantitativ bedeutsamen Einmaleffekte für den Landeshaushalt zu benennen.¹²

Frage 7 (Nettokreditaufnahme im Finanzplanungszeitraum):

Die derzeit gültige Finanzplanung des Saarlandes bis 2011 (Datenstand: 23. Oktober 2007) sieht für die Entwicklung der Nettokreditaufnahme die folgenden Werte vor:

Tabelle 7:

Saarland	2008	2009	2010	2011
	- in Mio. Euro -			
Nettokreditaufnahme	587	531	503	457

¹¹ Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 5, 2006; Tabelle 11.2.

¹² Quelle: Haushaltsrechnung 2005 und 2006; Haushaltsplan 2007.

Zur Interpretation der Daten ist auf folgende Sachverhalte hinzuweisen:

Abweichend von der Finanzplanung ist für das Jahr 2008 die Nettokreditaufnahme entsprechend dem am 12.12.2007 verabschiedeten Haushaltsgesetz für das Jahr 2008 ausgewiesen. Die Auswirkungen der Unternehmensteuerreform sind in den Finanzplanungsdaten berücksichtigt, so dass sich hierdurch keine weitere Verschlechterung ergibt. Ein Anpassungsbedarf auf Grund der Ergebnisse der Novembersteuerschätzung besteht nicht.

Die mittelfristige Finanzplanung des Saarlandes enthält Globale Minderausgaben in Höhe von 125 Mio € in 2009, 115 Mio € in 2010 und 141 Mio € in 2011, die zu einer weiteren effektiven Absenkung der Pro-Kopf-Ausgaben führen und deren Erwirtschaftung zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen erfordert.

Die in der mittelfristigen Finanzplanung zugrundegelegten Steuereinnahmen und Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich enthalten aufgrund des absehbaren überproportionalen Rückgangs der Bevölkerungszahl demographiebedingte Abschläge in Höhe von 18 Mio € in 2009, 24 Mio € in 2010 und 30 Mio € in 2011.

Der Entwicklung im Saarland ist die Entwicklung der Ländergesamtheit gegenüberzustellen. Nach der Schätzung der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister (ZDL) aufgrund der Herbstumfrage 2007 wird die Nettokreditaufnahme der Ländergesamtheit in 2009 nur noch rund 200 Mio € betragen. Dem steht eine Nettokreditaufnahme von 531 Mio € allein für das Saarland gegenüber. Für 2010 sollen erstmals Schulden in Höhe von netto rund 1.200 Mio € und in 2011 in Höhe von netto rund 2.000 Mio € getilgt werden, während die Nettokreditaufnahme im Saarland ausgehend von einem hohem Niveau nur geringfügig sinkt.

Tabelle 8:

Nettokreditaufnahme (Landeshaushalt)	2008	2009	2010	2011
	- in Mrd. Euro -			
Länder - Gesamt	0,7	0,2	-1,2	-2,0
Saarland	0,6	0,5	0,5	0,5

Frage 8 (Ausgeglichener Haushalt):

Das Saarland sieht sich außerstande, bis 2019 einen ausgeglichenen oder auch nur einen nahezu ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Die Nettoneuverschuldung und das Defizit werden zwar aufgrund der andauernden Ausgabenbegrenzung und der unterstellten stetigen Steigerung der Steuereinnahmen langsam aber kontinuierlich sinken. Das Land wird jedoch bis 2019 voraussichtlich nicht einmal in der Lage sein, die heute geltende Regelgrenze für die Kreditaufnahme (Begrenzung der Nettokreditaufnahme auf die Höhe der eigenfinanzierten Investitionen, Art. 108 SVerf.) zu beachten. Diese unbefriedigende Entwick-

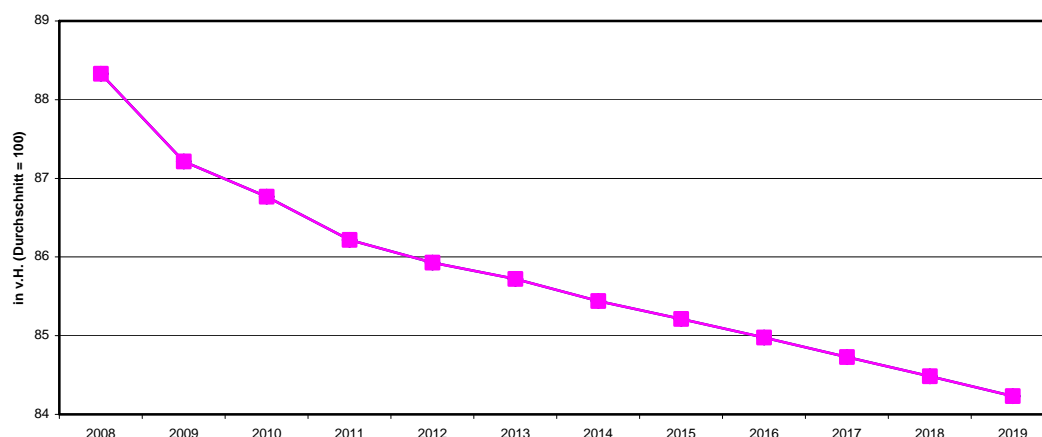
lung ist auf die finanziellen Auswirkungen von Faktoren zurückzuführen, die strukturbedingt und nicht das Ergebnis landespolitischer Entscheidungen sind.

8.1. Kein Haushaltsausgleich trotz konsequenter Ausgabenbegrenzung

Das Saarland hat in der Vergangenheit bereits alle Anstrengungen unternommen und eine ehrgeizige Konsolidierungspolitik betrieben. **Das Ausgabenniveau des Saarlandes (Land und Kommunen) liegt daher unter Berücksichtigung der überdurchschnittlich hohen Vorbelastungen schon heute deutlich unter den Vergleichswerten der anderen Länder.** Der Finanzplan bis 2011 und die beigefügte Haushaltsprojektion bis 2019 (Anlage 1, Tabelle 1 und 2) sehen für das Saarland eine **weitere permanente Ausgabenzurückhaltung** vor, **die das Ausgabenniveau in den durch die Landespolitik gestaltbaren Bereichen weiter unter das Niveau der anderen Länder drücken wird.** Ungeachtet des hohen Anteils von Vorbelastungen, die in den Primärausgaben enthalten sind, unterschreitet das Saarland **schon heute** (2007) das Niveau der durchschnittlichen Pro-Kopf-Primärausgaben der westdeutschen Länder einschließlich Berlins abzüglich der Zahlungen in den Länderfinanzausgleich um etwa **10 %**. Stellt man die Ausgabenentwicklung des Saarlandes nach dem aktuellen Finanzplan derjenigen der westdeutschen Länder gegenüber, wie sie von der Zentralen Datenstelle der Landesfinanzminister im November 2007 für 2011 prognostiziert wird, würde der Abstand **bis 2011** auf **14 %** ansteigen. Bis 2019 ergibt sich nach den beigefügten Modellrechnungen ein weiterer relativer Rückgang der Ausgaben des Saarlandes, so dass der Abstand auf dann **16 % im Jahr 2019** steigen würde.

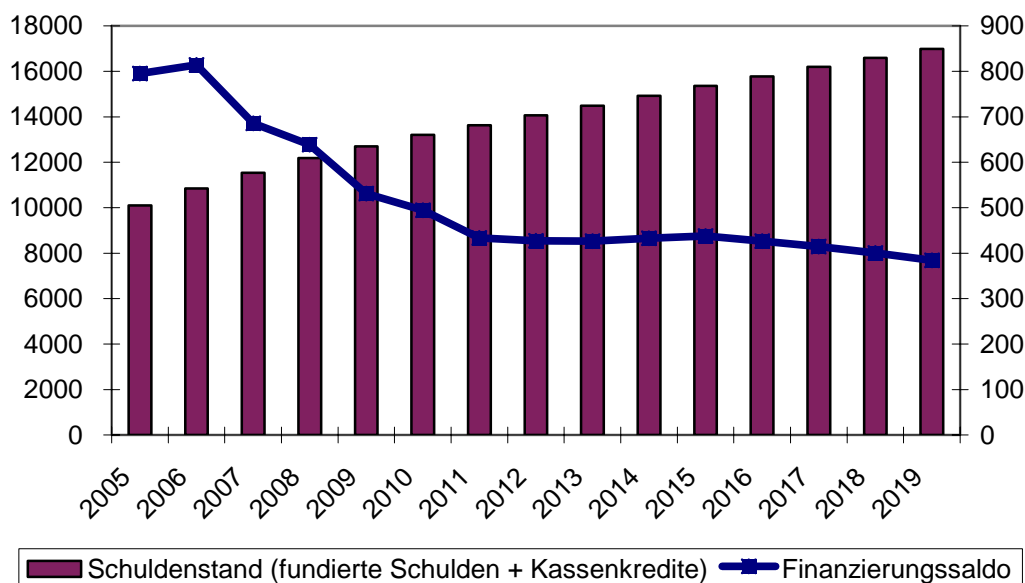
Grafik 1:

Aus den Modellannahmen sich ergebende Entwicklung der Primärausgaben des Saarlandes (Land mit Kommunen) im Vergleich zum Durchschnitt der westdeutschen Länder



Aufgrund der besonderen Ausgabenzurückhaltung des Saarlandes und des unterstellten permanenten Anstiegs der Steuereinnahmen ist mit einem deutlich Rückgang der Finanzierungsdefizite von fast 800 Mio Euro im Jahr 2005 auf rd. 360 Mio Euro im Jahr 2019 zu rechnen.

Grafik 2:



Gleichwohl beträgt die Defizitquote dann immer noch 6,9 % der Ausgaben des Saarlandes.

Trotz der unterstellten weniger restriktiven Ausgabenentwicklung für den Durchschnitt der westdeutschen Länder würde deren Finanzierungsüberschuss einschließlich der kommunalen Ebene bis 2011 auf über 11 Mrd. Euro anwachsen und sich bis 2019 auf einem Niveau von etwa 8 Mrd. Euro einpendeln (Anlage 1, Tabelle 3), obwohl die gleichen Wachstums- und Steuereinnahmeerwartungen für die Modellrechnungen einerseits für das Saarland und andererseits für die westdeutschen Länder zugrunde gelegt sind.

Hohe, wenn auch leicht rückläufige Defizite im Saarland trotz starker Ausgabenzurückhaltung bei steigenden Finanzierungsüberschüssen trotz weniger restriktiver Haushaltspolitik im Durchschnitt der westdeutschen Länder weisen auf eine strukturelle Fehlentwicklung hin, die ihre Ursachen außerhalb des Einflussbereiches des Landes hat.

8.2. Finanziell wirksame Strukturunterschiede belasten das Saarland in erheblichem Maße

Die für die Diskrepanz zwischen dem Saarland und dem Durchschnitt der westdeutschen Länder maßgeblichen Ursachen sind in den finanziell relevanten Strukturunterschieden zwischen den Ländern zu suchen. Als Strukturunterschiede werden im vorliegenden Zusammenhang nur solche Faktoren erfasst, die keine unmittelbare und absehbare Folge autonomer landespolitischer Entscheidungen sind und außerdem in einer Gesamtschau ein finanzielles Ausmaß auf der Einnahmen- oder der Ausgabenseite der Länder annehmen, das eine angemessene Geringfügigkeitsschwelle überschreitet.

Es sind konkret zwei Bereiche zu benennen, in denen die Länder über keine signifikanten unmittelbaren Handlungsparameter verfügen und die zugleich von erheblicher finanzieller Bedeutung sind. Es handelt sich

- a) um die Sozialstruktur der Bevölkerung, die die Höhe der durch Bundesrecht veranlassten Sozialausgaben beeinflusst und
- b) um die demographische Entwicklung, die sich unmittelbar auf die Höhe der Zinsausgaben und Versorgungsausgaben je Einwohner auswirkt.

a) Betroffenheit des Saarlandes durch Bundesrecht

Die Länder sind aufgrund der unterschiedlichen Sozialstruktur der Bevölkerung unterschiedlich stark vom Bundesrecht im Sozialbereich betroffen. In den Ländern, in denen aufgrund der sozialen Lage besonders viele Anspruchsberechtigte leben, sind die Belastungen relativ stark, in den Ländern, in denen besonders wenige Anspruchsberechtigte leben, sind sie relativ gering. Dies drückt sich in unterschiedlich hohen Sozialausgaben je Einwohner aus.

Die unterschiedlich hohen Belastungen fallen insbesondere in den Bereichen Wohngeld, Bafög, Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe, Kosten der Unterkunft und Heizung sowie Grundsicherung im Alter an. In diesen Bereichen sind die Validität und die Aussagekraft der finanzstatistischen Daten hoch. Die tatsächlichen Ausgaben sind ein guter Indikator für die unterschiedliche Betroffenheit der Länder und ihrer Kommunen durch Bundesrecht, weil diese keinen oder nur einen marginalen Einfluss auf die Leistungshöhe haben.¹³

Das Saarland ist vom Bundesrecht im Sozialbereich besonders betroffen und das schon über einen langen Zeitraum. Die daraus resultierenden überdurchschnittlichen Belastungen für das Saarland sind signifikant¹⁴ (Anlage 2).

Überdurchschnittlich hohe Belastungen durch Bundesrecht sind trotz des bundesstaatlichen Finanzausgleichs eine wesentliche Ursache für die Schwierigkeiten nicht nur des Saarlandes bei der Begrenzung der Neuverschuldung. **Die überdurchschnittlichen Belastungen werden durch den Finanzausgleich nicht ausgeglichen.** Dies zeigt der Vergleich der nach den Belastungen durch Bundesrecht verbliebenen Finanzkraft der Länder und Kommunen am Beispiel des Jahres 2005 (Tabelle 9).¹⁵

¹³ Für die Validität der Daten spricht insbesondere auch, dass sie jedenfalls bezüglich Wohngeld, Bafög, Grundsicherung im Alter sowie Kosten der Unterkunft und Heizung Grundlage für die Berechnung von Finanzierungsanteilen des Bundes sind.

¹⁴ Zwar gibt es im Bereich der Soziallasten eine Bundesmitfinanzierung und somit einen gewissen Ausgleich. Um die Länderbelastung zu erfassen, werden nur die von den Ländern und Kommunen jeweils zu tragenden Finanzierungsanteile angerechnet. Die verbleibenden Finanzierungsanteile der Länder und ihrer Kommunen unterscheiden sich im Verhältnis zu ihren Einnahmen erheblich, so dass sie erfasst werden können.

¹⁵ Hierzu wird die Steuerkraft der Länder und Kommunen erfasst, wie sie zur Berechnung des Länderfinanzausgleichs herangezogen wird. Dabei werden die Steuereinnahmen der Länder und Kommunen korrigiert um die Zahlungen in den bzw. aus dem Länderfinanzausgleich, die Fehlbetrags-BEZ, die Übergangs-BEZ sowie die Umschichtungen zur Finanzierung des Fonds „Deutsche Einheit“. Im Unterschied zum Länderfinanzausgleich wird hier die Gemeindesteuerkraft in voller Höhe berücksichtigt. In Abzug werden die Finanzierungsanteile der Länder und Kommunen in den Bereichen Wohngeld, Bafög, KdU, Grundsicherung im Alter und Sozialhilfe gebracht.

Tabelle 9:

Verbleibende Steuereinnahmen nach Berücksichtigung von durch Bundesrecht veranlasseten Sozialausgaben						
2005			Saarland in €je Einwohner	Westdeutsche Flächenländer in €je Einwohner	Abstand in €je Einwohner	Abstand in v.H.
Steuern der Länder und Gemeinden nach Finanzausgleich und Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen			2.525	2.674	-149	-5,6
... nach Geldleistungsgesetzen und Sozialhilfe			2.374	2.538	-164	-6,5

Die gemessen an der Finanzkraft überdurchschnittliche Belastung des Saarlandes durch Bundesrecht dauert seit vielen Jahren an. In der folgenden Tabelle sind die entsprechenden Werte für den Zeitraum 1980 bis 2006 ausgewiesen. Für den Zeitraum vor 1980, der hier nicht erfasst ist, dürften allmählich anwachsende jährliche Belastungen vorgelegen haben.

Tabelle 10:

Abstand von der durchschnittlichen Finanzkraft nach Abzug der Belastungen durch Bundesrecht in Euro je Einwohner					
	Saarland	Westdeutsche Flächenländer	Abstand	Abstand in %	
1980	1.301	1.400	-99	-7,1	
1981	1.310	1.395	-86	-6,2	
1982	1.335	1.425	-90	-6,3	
1983	1.422	1.503	-81	-5,4	
1984	1.511	1.601	-90	-5,6	
1985	1.592	1.695	-103	-6,1	
1986	1.645	1.770	-125	-7,1	
1987	1.734	1.848	-115	-6,2	
1988	1.818	1.926	-108	-5,6	
1989	1.889	2.081	-193	-9,3	
1990	1.958	2.066	-108	-5,2	
1991	2.099	2.210	-110	-5,0	
1992	2.223	2.369	-147	-6,2	
1993	2.252	2.401	-149	-6,2	
1994	2.273	2.414	-142	-5,9	
1995	2.193	2.336	-143	-6,1	
1996	2.180	2.358	-179	-7,6	
1997	2.183	2.349	-166	-7,1	
1998	2.309	2.488	-179	-7,2	
1999	2.418	2.632	-214	-8,1	
2000	2.489	2.702	-213	-7,9	
2001	2.309	2.519	-210	-8,3	
2002	2.265	2.459	-194	-7,9	
2003	2.249	2.415	-166	-6,9	
2004	2.304	2.487	-183	-7,4	
2005	2.374	2.538	-164	-6,5	

Trotz Finanzausgleichs sind die durch Bundesrecht veranlassten Belastungsunterschiede zwischen den Ländern erheblich. Sie erklären nicht nur eine aktuelle überdurchschnittliche Nettokreditaufnahme, sondern auch überdurchschnittliche Nettokreditaufnahmen und Zinslasten in der Vergangenheit. Sie sind somit mitursächlich für die heute vorliegenden überdurchschnittlichen Schuldenstände und Zinslasten mehrerer Länder und insbesondere des Saarlandes.

b) Zwangsläufige demographische Effekte

Die demographische Entwicklung unterscheidet sich von Land zu Land erheblich. Regionalspezifische Besonderheiten überlagern oft den bundesweiten Trend. Dies gilt für die Vergangenheit und dies wird voraussichtlich auch für die Zukunft gelten.

Die demographische Veränderung beschränkt sich nicht auf einzelne Länder, aber sie betrifft die Länder in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Betroffen sind seit 1990 in besonderem Maße die ostdeutschen Länder. Dabei darf allerdings nicht vernachlässigt werden, dass auch im Vergleich der westdeutschen Länder seit mehreren Jahrzehnten sehr unterschiedliche Entwicklungen aufgetreten sind, die erhebliche finanzielle Verwerfungen nach sich ziehen. **Eine im Vergleich zum Durchschnitt sinkende Einwohnerzahl ist unweigerlich damit verbunden, dass die Pro-Kopf-Ausgaben in den Bereichen Zinsen und Versorgung steigen.** Alle übrigen Ausgaben können wenigstens allmählich einer sinkenden Bevölkerungszahl - und damit verbundenen niedrigeren Einnahmen – angepasst werden. Zum Teil – zum Beispiel bei der Infrastruktur - fallen allerdings vorübergehend Anpassungskosten an. Deren Höhe kann jedoch von der Landespolitik beeinflusst werden. Im Bereich der Zins- und Versorgungslasten sind aber die negativen finanziellen Konsequenzen nachhaltig und nicht beeinflussbar. Eine negativ vom Durchschnitt abweichende demographische Veränderung ist daher bezogen auf die Zins- und die Versorgungsausgaben ein Maßstab zur Berechnung von überdurchschnittlichen Belastungen.¹⁶ Dabei sind längere Zeiträume zugrunde zu legen, da die heutigen Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte anfallen, die vor mehr als 30 Jahren in den öffentlichen Dienst eingestellt wurden, um die notwendigen öffentlichen Leistungen für die damalige Bevölkerungszahl zu erbringen. Nur so können auch die nachhaltigen fiskalischen Folgen einer im Vergleich zur Finanzkraft übermäßigen Belastung durch Bundesrecht in Verbindung mit einer negativen demographischen Entwicklung abgebildet werden. Diese drücken sich, wie dargestellt, zunächst in überdurchschnittlichen Defiziten aus, die den Schuldenstand erhöhen. Dieser muss dann zudem in späteren Jahren von einer kleiner werdenden Bevölkerung finanziert werden.

Die Einwohnerzahl des Saarlandes ist insbesondere im Zuge des Beschäftigungsabbaus im ehemals dominierenden Steinkohlebergbau und der Stahlindustrie **zwischen 1970 und 2006 um 6,5 % gesunken, während die Einwohnerzahl der westdeutschen Länder im selben Zeitraum um 12,2 % angestiegen ist.** Die Bevölkerungszahl des Saarlandes beträgt nur 83,3 % des Wertes, der sich bei einer durchschnittlichen Entwicklung ergeben hätte. Die finanziellen Belastungen des

¹⁶ Die Folgen der demographischen Entwicklung beschränken sich zwar nicht auf die zwangsläufigen Effekte, die an der Pro-Kopf-Zins- und Versorgungsbelastung festgemacht werden kann. Nur diese sind aber eindeutig berechenbar und nicht bzw. nur marginal durch landespolitische Entscheidungen zu beeinflussen.

Saarlandes wären bei einer durchschnittlichen demographischen Entwicklung in den Bereichen Zinsen und Versorgung um fast 17 % niedriger.¹⁷

Tabelle 11:

Zwangsläufige Demographieeffekte	
Saarland	in Mio Euro
auf den Schuldenstand	1.813
auf die derzeitigen jährlichen Zinsausgaben	91
auf die derzeitigen jährlichen Versorgungslasten	70

Allein in einer Stichtagsbetrachtung für Ende 2006 ist der Schuldenstand des Saarlandes aufgrund der demographischen Effekte um 1,8 Mrd. Euro höher als er bei einer durchschnittlichen Bevölkerungsentwicklung gewesen wäre. Allein aufgrund der demographischen Entwicklung fallen danach im Saarland um 91 Mio Euro höhere Zins- und um 70 Mio Euro höhere Versorgungsausgaben an als bei durchschnittlicher Bevölkerungsentwicklung. Bei Berücksichtigung von Zinseszinsseffekten aus den zwangsläufigen Demographieeffekten früherer Jahre ergäbe sich ein weitaus höherer Betrag.

Es lässt sich feststellen, dass das Saarland durch Strukturunterschiede zwischen den Ländern, die es nicht selbst zu verantworten hat, sondern die eine Folge der ehemaligen Wirtschaftsstruktur und zum Teil auch der geographischen Lage sind, in einem Ausmaß belastet war und ist, das sowohl die überdurchschnittlich hohe Verschuldung als auch das überdurchschnittlich hohe Defizit erklärt. Diese Faktoren machen es dem Saarland trotz fortgesetzter konsequenter Konsolidierungspolitik auf absehbare Zeit unmöglich, aus eigener Kraft restriktive Neuverschuldungsgrenzen einhalten oder gar ein Neuverschuldungsverbot beachten zu können.

8.3. Fazit: Überdurchschnittliche Sozial-, Zins- und Versorgungslasten machen Haushaltsausgleich unmöglich

Die im Verhältnis zur Finanzkraft überdurchschnittlichen Sozial-, Zins- und Versorgungslasten sind das Ergebnis von Strukturen, die keine absehbare Folge autonomer landespolitischer Entscheidungen sind. Unabhängig davon handelt es sich um Vorbelastungen, die seitens der Landespolitik aktuell anzuerkennen und die nicht oder nur zu kleinen Teilen in überschaubaren Zeiträumen veränderlich sind.

¹⁷ Zur Berechnung der Mehrbelastung sind die Pro-Kopf-Belastungen ermittelt worden, die sich ausgehend von den aktuellen Werten für den Schuldenstand und die Versorgungsausgaben bei einer im Durchschnitt wachsenden Bevölkerungszahl (fiktive Pro-Kopf-Belastung) ergeben hätten. Die Differenz zwischen tatsächlicher und fiktiver Pro-Kopf-Belastung multipliziert mit der aktuellen Bevölkerungszahl ergibt die demographisch bedingte zwangsläufige Mehrbelastung.

Werden neben den Sozillasten auch die Zins- und Versorgungslasten als Vorbelastungen von der Finanzkraft in Abzug gebracht, treten die massiven Unterschiede zwischen den Ländern deutlich zutage.

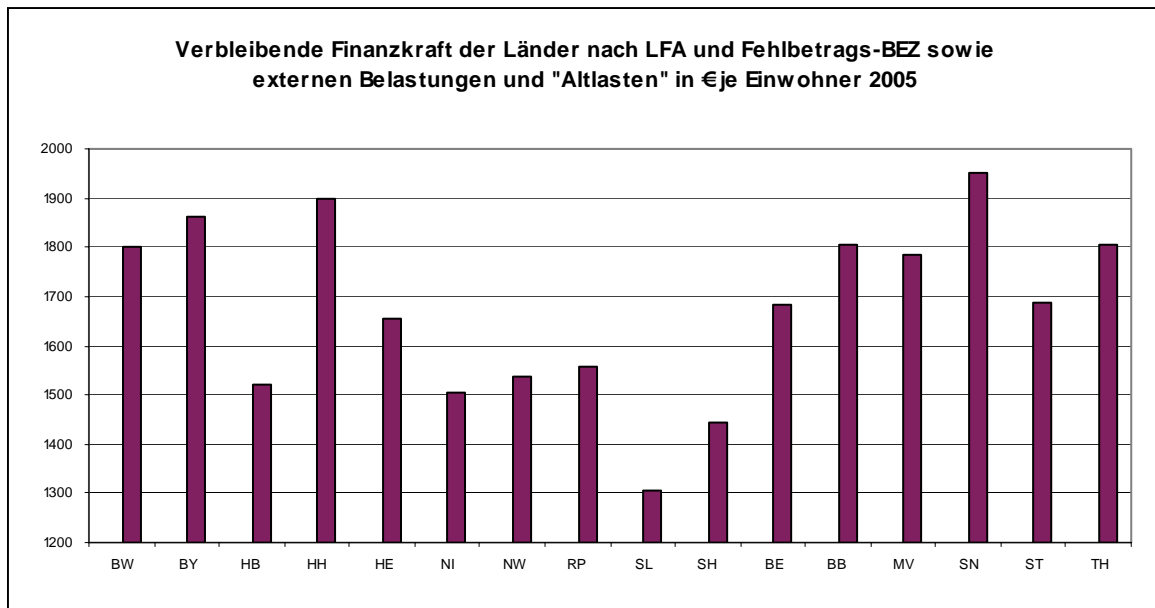
Tabelle 12:

Verbleibende Steuereinnahmen nach Berücksichtigung überdurchschnittlicher Belastungen				
2005	Saarland in €je Ein- wohner	Westdeutsche Flächenländer in €je Ein- wohner	Abstand in €je Ein- wohner	Abstand in v.H.
Steuern der Länder und Gemeinden nach Finanzausgleich und Fehlbetrags- Bundesergänzungszuweisungen	2.525	2.674	-149	-5,6
... nach Geldleistungsgesetzen (GL) und Sozialhilfe (HLU)	2.374	2.538	-164	-6,5
... nach GL, HLU und Versorgung (VS)	1.975	2.225	-250	-11,3
... nach GL, HLU, VS und Zinsen	1.521	1.942	-421	-21,7

Berechnungsgrundlage für diesen Vergleich ist die Finanzkraft der Länder nach Finanzausgleich und Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen einschließlich der Gemeindesteuerkraft, die hier im Unterschied zur Berechnung des Länderfinanzausgleichs in voller Höhe in die Berechnung ein-
geht.

Aber auch dann, wenn die Gemeindesteuerkraft nicht in voller Höhe, sondern nur zu 64 % - wie im Länderfinanzausgleich – berücksichtigt wird, sind die massiven, letztlich durch Strukturunterschiede verursachten Unterschiede zwischen den Ländern hinsichtlich ihrer Vorbelastungen ganz erheblich. Dies kommt in der nachfolgenden Grafik zum Ausdruck (s. Grafik 3):

Grafik 3:



Quelle: Die Datenbasis ist der Kommissionsdrucksache 016, Stellungnahme Prof. Dr. Wolfgang Renzsch, entnommen

Diese Unterschiede bestimmen die Fähigkeit der Länder, etwaige Finanzierungsdefizite in ihren Haushalten abzubauen und zu beseitigen. Sie werden im Vergleich der westdeutschen Länder auch nicht durch gegenläufige Unterschiede außerhalb der Sozial-, Zins- und Versorgungslasten ausgeglichen. Vielmehr verstärken sich die Unterschiede, wenn andere Sozialausgaben, weitere Ausgabenbedarfe wie etwa Komplementärausgaben im Bereich der Mischfinanzierungen, Ausgaben zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft oder weitere Einnahmekategorien, wie die aus wirtschaftlicher Betätigung, mit in die Betrachtung einbezogen werden. Hohe Sozillasten und niedrige Steuerkraft sind nämlich nur Symptome für weitere Belastungen an anderer Stelle. Der Vergleich der verbliebenen Finanzkraft der Länder nach Länderfinanzausgleich, Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen und „Altlasten“ beschreibt die ausgesprochen ungünstige Ausgangslage des Saarlandes im Vergleich zum Länderdurchschnitt beim Ziel, engere Neuverschuldungsgrenzen oder gar ein Neuverschuldungsverbot einzuhalten. Die für das Saarland ausgewiesene Differenz von 421 Euro je Einwohner gegenüber dem Durchschnitt der westdeutschen Länder beträgt fast 15 % der Ausgaben des Saarlandes, die zu einem gewissen Grad durch die Landespolitik gestaltbar sind.¹⁸ Es ist kaum bestreitbar, dass eine Kürzung dieser Ausgaben um diesen Betrag nicht möglich ist, ohne eine eklatante Vernachlässigung der durch die Verfassung zugeordneten Aufgaben des Landes herbeizuführen. Dies gilt erst recht dann, wenn berücksichtigt wird, dass die Primärausgaben des Saarlandes schon heute um 10 % unter dem Durchschnitt der westdeutschen Länder liegen.

¹⁸ Ausgaben des Landes und seiner Kommunen ohne Bafög, Wohngeld, Grundsicherung im Alter, Kosten der Unterkunft, Zins- und Versorgungsausgaben.

Frage 9 (Schuldenstand im Jahr der erstmaligen Nullneuerschuldung):

Die Antwort auf die Frage entfällt, da das Saarland nicht in der Lage ist, innerhalb des Betrachtungszeitraums einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Frage 10 (Begrenzung der Neuverschuldung):

Vgl. die Antwort zu Frage 9.

Frage 11 (Rückführung des Schuldenstandes):

Eine Rückführung des Schuldenstandes ist im Betrachtungszeitraum nicht möglich, da durchgängig neue Kredite zum Haushaltsausgleich aufgenommen werden müssen.

Frage 12 (Annahmen für Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen):

Grundlage der Modellrechnungen für den Zeitraum bis 2011 sind die Wachstumsannahmen der Bundesregierung und die Steuerschätzung vom Mai 2007 unter Berücksichtigung der Unternehmensteuerreform sowie der demographischen Entwicklung gemäß der 11. abgestimmten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Ab 2011 wurde ein Wirtschaftswachstum von 2,7 % unterstellt und ein jährliches Wachstum der Steuereinnahmen sowie der Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und der Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen des Saarlandes von 2,5 %.

Frage 13 (sonstige Annahmen):

Die Daten der Projektion des Landeshaushalts (Anlage 1, Tabelle 1) für den Zeitraum bis 2011 entsprechen dem Finanzplan des Saarlandes vom 23. Oktober 2007. Für den Zeitraum 2012 bis 2019 ist auf der Einnahmenseite hinsichtlich der laufenden Einnahmen ein jährlicher Zuwachs von 1 % sowie eine Stagnation der investiven Einnahmen angenommen. Auf der Ausgabenseite liegen den Berechnungen ein jährlicher linearer Tariflohnzuwachs von 1,5 % sowie ein sukzessive auf 5 % ansteigender Kapitalmarktzins zugrunde. Der belastende Effekt der weiterhin deutlich steigenden Versorgungslasten und der entlastende Effekt der weiteren Kürzung der Stellenzahl, auch aufgrund der demographischen Entwicklung, führen dazu, dass die Personalausgaben im Landeshaushalt im Ergebnis ab 2012 um jährlich etwa 1,6 % anwachsen. Die investiven Ausgaben wachsen ebenso wie die sonstigen laufenden Ausgaben um jährlich 1 %, bleiben also hinter der angenommenen Inflationsrate zurück. Unter Berücksichtigung der kommunalen Ebene (Anlage 1, Tabelle 2) wurde - in Abweichung von der Projektion des Landeshaushalts ab 2012 – ein Zuwachs der Ausgaben der Kapitalrechnung sowie der sonstigen Ausgaben um jeweils 1,7 % unterstellt.

Die für die westdeutschen Länder einschließlich Berlins unter Berücksichtigung der kommunalen Ebene (Anlage 1, Tabelle 3) insgesamt erwartete Entwicklung entspricht bis 2011 den Einschätzungen der ZDL vom November 2007. Für den Zeitraum bis 2019 wurden grundsätzlich die Annahmen zugrundegelegt, die auch für die Abschätzung der Entwicklung des Saarlandes unter Ein-

bezug der kommunalen Ebene herangezogen wurden. In Abweichung hiervon wurde jedoch unterstellt, dass die Zuwachsraten der Personalausgaben mit 2,6 % und der Ausgaben der Kapitalrechnung mit 2,7 % jeweils um einen Prozentpunkt, die Zuwachsraten der sonstigen Ausgaben mit 2,2 % um einen halben Prozentpunkt höher ausfällt als im Saarland.

Frage 14 (Höhe der kapitalisierten Pensionslasten):

Zur Berechnung der sich im Jahr 2006 ergebenden kapitalisierten Pensionslasten bis zum Jahr 2035 des Saarlandes wurden aus Vereinfachungs- und Vergleichsgründen die regionalisierten Länderdaten der „Variante 0“ des dritten Versorgungsberichts des Bundes verwendet. Die darin enthaltenen Werte für die Jahre 2007 bis 2035 werden dort mit dem in der Fragestellung genannten Diskontierungszinssatz auf das Jahr 2006 abgezinst und dann in einer Summe dargestellt. Danach ergibt sich für das Saarland der folgende Wert:

Tabelle 13:

	- in Mio. Euro -
Kapitalisierte Pensionslasten (bis 2035) in 2006	8.057

Die kapitalisierte Pensionslast des Saarlandes betrug je Einwohner am 30.06.2006:

7.696 €

Die kapitalisierte Pensionslast des Saarlandes betrug zum gleichen Zeitpunkt aber je Einwohner auf der Grundlage der vorausberechneten Bevölkerungszahl des Jahres 2035:¹⁹

9.062 €

Einige Länder konnten über die gesetzlich vorgeschriebene Versorgungsrücklage hinaus auf freiwilliger Basis Pensionsfonds einrichten und diesen bereits erhebliche Mittel zuführen, um Vorsorge für künftige Versorgungslasten zu treffen. Hierzu sieht sich das Saarland angesichts seiner Haushaltssituation nicht in der Lage.

Frage 15 (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner):

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner des Saarlandes belief sich im Jahr 2006 auf 26.759 Euro.²⁰

¹⁹ Berechnungsbasis: 11. Bevölkerungsvorausberechnung.

²⁰ Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Berechnungsstand: August 2006/Februar 2007; http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/Arbeitskreis_VGR/tab01.asp#tab07

Frage 16 (Finanzielle Entwicklung der Kommunen):

Nach den vorliegenden Daten werden die Finanzierungsdefizite der saarländischen Kommunen bis 2011 kontinuierlich sinken. Sie werden aber voraussichtlich auch im Jahr 2011 noch ein, wenn auch geringes, Defizit ausweisen. Soweit nach 2011 in der Summe der saarländischen Kommunen – bei erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Städten und Gemeinden – positive Finanzierungssalden entstehen, wird es voraussichtlich weiterer Anstrengungen bedürfen, um auch das kommunalrechtlich vorgegebene und ehrgeizigere Ziel ausgeglichener Ergebnishaushalte zu erreichen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die saarländischen Kommunen spätestens ab 2009 das neue Haushaltsrecht anwenden müssen. An die Stelle der bisherigen Verwaltungshaushalte treten dann die Ergebnishaushalte, in denen nicht mehr das Kassenwirksamkeitsprinzip gilt; vielmehr werden in den Ergebnishaushalten die Erträge und Aufwendungen nach der wirtschaftlichen Verursachung in einem Haushaltsjahr erfasst. Von besonderer finanzwirtschaftlicher Bedeutung werden dabei die Aufwendungen für Abschreibungen des Anlagevermögens sein. Auch wenn die Darlehenstilgungen, die bisher in den Verwaltungshaushalten in Form der Zuführung zum Vermögenshaushalt zu erwirtschaften sind, keinen Aufwand darstellen, ist doch davon auszugehen, dass sich per Saldo hierdurch eine erhebliche zusätzliche Belastung der Ergebnishaushalte im Verhältnis zu den Verwaltungshaushalten ergeben wird.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Fragen 1 bis 4 (Finanzierungssaldo, Nettokreditaufnahme, Kreditmarktschulden, Zinsausgaben, jeweils ohne die kommunale Ebene):	1
Tabelle 1:	1
Tabelle 2:	2
Frage 5.1 (Finanzierungssaldo, Nettokreditaufnahme, Kreditmarktschulden, Zinsausgaben, jeweils unter Einbezug der kommunalen Ebene):	3
Tabelle 3:	3
Tabelle 4:	4
Frage 5.2 (Berücksichtigung der Ausgliederungen):	4
Tabelle 5:	4
Tabelle 6:	5
Frage 6 (Einmaleffekte):	5
Frage 7 (Nettokreditaufnahme im Finanzplanungszeitraum):	5
Tabelle 7:	5
Saarland	5
Tabelle 8:	6
Nettokreditaufnahme	6
Frage 8 (Ausgeglichener Haushalt):	6
8.1. Kein Haushaltsausgleich trotz konsequenter Ausgabenbegrenzung.....	7
Grafik 1:	7
Grafik 2:	8
8.2. Finanziell wirksame Strukturunterschiede belasten das Saarland in erheblichem Maße	8
a) Betroffenheit des Saarlandes durch Bundesrecht.....	9
Tabelle 9:	10
Tabelle 10:	10
b) Zwangsläufige demographische Effekte	11
Tabelle 11:	12
8.3. Fazit: Überdurchschnittliche Sozial-, Zins- und Versorgungslasten machen Haushaltsausgleich unmöglich	12
Tabelle 12:	13
Grafik 3:	14
Frage 9 (Schuldenstand im Jahr der erstmaligen Nullneuerschuldung):.....	15
Frage 10 (Begrenzung der Neuverschuldung):.....	15
Frage 11 (Rückführung des Schuldenstandes):.....	15
Frage 12 (Annahmen für Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen):.....	15
Frage 13 (sonstige Annahmen):	15
Frage 14 (Höhe der kapitalisierten Pensionslasten):	16
Tabelle 13:	16
Frage 15 (Bruttoinlandsprodukt je Einwohner):	16
Frage 16 (Finanzielle Entwicklung der Kommunen):	17

Länder West einschl. Berlin Länder + Kommunen	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Steuereinnahmen	236	246	256	268	274	281	288	296	303	310	318	326
Laufende Einnahmen vom Bund	16	16	16	16	16	16	16	16	16	17	17	17
Einnahmen der Kapitalrechnung vom Bund	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4	4
Sonstige Einnahmen	59	58	57	56	57	57	58	58	59	59	59	60
Bereinigte Einnahmen	316	323	332	344	351	358	366	374	382	390	398	406
Personalausgaben	118	121	124	127	130	133	137	140	144	148	151	155
Zinsausgaben	22	22	22	21	21	22	23	22	22	22	21	21
Lfd. Zahlungen an Länder	4	4	4	4	5	5	5	5	5	5	5	5
Lfd. Zahlungen an Gemeinden	0	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Ausgaben der Kapitalrechnung an Gemeinden	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Sonstige Ausgaben der Kapitalrechnung	37	38	39	40	42	43	44	45	46	47	49	50
Sonstige Ausgaben	130	133	136	139	142	145	148	151	155	158	162	165
Bereinigte Ausgaben	313	320	326	334	341	350	358	366	374	382	390	398
Kennzahlen												
Finanzierungssaldo	3,3	3,2	6,0	10,2	9,6	8,8	7,7	7,8	7,8	7,9	7,9	8,0
Schuldenstand (in Mio Euro)	492.652	489.442	483.441	473.288	463.715	454.931	447.251	439.491	431.659	423.765	415.819	407.834
Primärsaldo	25,1	25,0	27,5	31,4	31,0	30,7	30,4	30,1	29,8	29,5	29,1	28,8
Defizitquote	1,0	1,0	1,8	3,0	2,8	2,5	2,1	2,1	2,1	2,1	2,0	2,0
Zins-Steuer-Quote (ohne BEZ)	9,2	8,9	8,4	7,9	7,8	7,8	7,9	7,6	7,3	7,0	6,7	6,4
Personalausgabenquote	37,8	37,9	37,9	38,0	38,1	38,1	38,2	38,3	38,5	38,7	38,8	39,0
Zinsausgabenquote	7,0	6,8	6,6	6,4	6,3	6,3	6,4	6,1	5,9	5,7	5,4	5,2
Zuwachsraten												
Bereinigte Ausgaben	2,5	2,3	2,1	2,2	2,3	2,4	2,5	2,1	2,1	2,2	2,2	2,2
Primärausgaben (Gesamtausgaben abzgl. Zinsausgaben)	2,7	2,5	2,4	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4	2,4
Personalausgaben	2,3	2,6	2,3	2,3	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6	2,6
Zinsausgaben	-0,6	-0,6	-1,1	-1,4	1,0	2,4	3,7	-1,7	-1,7	-1,8	-1,8	-1,9
Ausgaben der Kapitalrechnung	3,8	2,9	2,5	3,4	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
lfd. Zahlungen an Gemeinden	4,2	2,1	2,5	0,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Sonstige Ausgaben	2,8	2,2	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
Bereinigte Einnahmen	1,3	2,2	3,0	3,4	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
steuerabhängige Einnahmen	2,7	3,8	4,2	4,6	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5
Sonstige Einnahmen (inv.+lfd.)	-2,4	-2,2	-1,2	-0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7

Quelle der Daten bis 2011: ZDL: Projektion des öffentlichen Gesamthaushalts 2007 - 2011 (18.12.2007),
Ergänzende Unterlagen zur ZDL-Projektion vom 7.11.2007, Tabelle 3

	BW	BY	HB	HH	HE	NI	NW	RP	SL	SH	BE	BB	MV	SN	ST	TH	Deutschland
Wohngeld in Mio €1980	41	52	12	20	35	60	167	19	6	28	28						469
BaföG in Mio €1980	96	106	8	18	56	84	189	36	11	20	26						651
HLU in Mio €1980	171	154	56	80	193	210	641	83	36	91	158						1.874
Summe 1980	309	313	76	118	285	353	997	138	53	139	213	-	-	-	-	-	2.994
in €je Einwohner	33	29	109	72	51	49	59	38	50	53	112						49
Wohngeld in Mio €1981	53	75	15	24	45	83	224	27	9	39	28						622
BaföG in Mio €1981	93	101	8	19	55	86	183	35	10	19	26						636
HLU in Mio €1981	191	179	64	99	193	234	709	93	41	104	178						2.085
Summe 1981	337	355	87	141	293	403	1.115	155	60	162	233	-	-	-	-	-	3.342
in €je Einwohner	36	32	126	86	52	55	65	43	57	62	123						54
Wohngeld in Mio €1982	58	79	16	25	49	93	251	29	10	40	32						682
BaföG in Mio €1982	89	104	9	20	55	89	183	36	10	20	27						639
HLU in Mio €1982	210	203	77	125	209	288	842	102	48	120	208						2.431
Summe 1982	357	385	102	170	313	470	1.275	166	68	180	266	-	-	-	-	-	3.752
in €je Einwohner	38	35	148	104	56	65	75	46	64	69	142						61
Wohngeld in Mio €1983	57	74	17	25	46	94	238	27	10	36	32						656
BaföG in Mio €1983	75	93	7	18	48	75	157	30	8	17	25						554
HLU in Mio €1983	243	228	87	145	233	327	949	113	54	130	220						2.729
Summe 1983	375	395	112	189	327	496	1.343	170	72	183	276	-	-	-	-	-	3.939
in €je Einwohner	41	36	164	117	59	68	79	47	69	70	148						64
Wohngeld in Mio €1984	51	68	16	26	45	90	221	26	10	38	30						621
BaföG in Mio €1984	54	70	6	16	38	52	118	20	5	13	23						415
HLU in Mio €1984	271	250	98	166	261	375	1.044	123	63	146	226						3.023
Summe 1984	377	388	120	208	344	517	1.383	168	78	197	279	-	-	-	-	-	4.059
in €je Einwohner	41	35	179	130	62	71	82	46	74	75	151						66
Wohngeld in Mio €1985	52	66	16	28	47	90	230	27	10	39	26						631
BaföG in Mio €1985	54	71	6	16	38	52	117	20	5	13	23						415
HLU in Mio €1985	330	298	112	212	318	457	1.282	148	77	177	228						3.639
Summe 1985	436	436	135	255	403	599	1.628	195	93	228	278	-	-	-	-	-	4.685
in €je Einwohner	47	40	203	161	73	83	98	54	88	87	150						77
Wohngeld in Mio €1986	74	92	23	41	63	120	314	37	14	59	26						4.685
BaföG in Mio €1986	52	69	6	16	36	50	113	19	5	13	23						864
HLU in Mio €1986	423	344	126	263	370	551	1.521	175	89	212	252						402
Summe 1986	548	505	155	320	469	721	1.948	231	108	283	301	-	-	-	-	-	5.951
in €je Einwohner	59	46	236	203	85	100	117	64	104	109	161						97
Wohngeld in Mio €1987	85	100	23	46	69	131	340	41	17	62	35						950
BaföG in Mio €1987	52	69	7	17	36	51	121	20	5	13	23						413
HLU in Mio €1987	462	369	133	300	473	579	1.666	198	95	225	271						4.771
Summe 1987	600	538	163	362	578	761	2.128	259	117	300	329	-	-	-	-	-	6.133
in €je Einwohner	65	49	247	227	105	106	127	71	110	117	163						100
Wohngeld in Mio €1988	84	95	24	47	69	129	347	41	17	61	33						945
BaföG in Mio €1988	51	68	7	17	36	51	112	20	5	13	24						403
HLU in Mio €1988	490	399	139	322	498	611	1.802	222	108	240	287						5.116

	BW	BY	HB	HH	HE	NI	NW	RP	SL	SH	BE	BB	MV	SN	ST	TH	Deutschland
Summe 1988	625	561	170	386	603	791	2.261	283	129	314	343	-	-	-	-	-	6.465
in €je Einwohner	67	51	257	242	109	110	135	78	123	123	168						105
Wohngeld in Mio €1989	84	93	24	49	68	131	346	41	16	61	30						943
BaföG in Mio €1989	52	69	8	18	38	53	116	21	5	14	26						420
HLU in Mio €1989	533	424	159	350	534	656	1.912	239	117	267	334						5.525
Summe 1989	669	586	190	417	639	840	2.374	302	138	343	390	-	-	-	-	-	6.889
in €je Einwohner	70	53	286	260	114	116	140	82	131	133	187						111
Wohngeld in Mio €1990	86	91	23	47	66	126	340	40	15	61	29						925
BaföG in Mio €1990	57	75	9	20	42	59	127	24	6	16	29						464
HLU in Mio €1990	598	449	174	398	608	721	2.051	265	128	295	364						6.051
Summe 1990	742	615	206	465	716	906	2.518	329	149	371	422	-	-	-	-	-	7.439
in €je Einwohner	76	54	304	283	125	123	146	88	140	142	123						94
Wohngeld in Mio €1991	97	96	24	53	69	137	331	45	18	62	42						973
BaföG in Mio €1991	68	87	11	22	48	68	145	30	7	17	35						540
HLU in Mio €1991	636	443	172	392	687	754	1.980	291	133	295	425	42	34	45	44	33	6.405
Summe 1991	801	626	207	467	804	959	2.456	365	158	374	503	42	34	45	44	33	7.917
in €je Einwohner	81	54	303	281	139	129	141	97	147	142	146	16	18	10	16	13	99
Wohngeld in Mio €1992	93	95	22	48	95	138	312	47	18	62	42						973
BaföG in Mio €1992	68	86	11	22	47	67	145	29	7	17	38	14	18	52	26	4	651
HLU in Mio €1992	726	491	178	436	784	817	2.013	332	148	319	495	99	44	76	79	47	7.085
Summe 1992	887	671	212	506	927	1.023	2.470	408	174	398	574	114	62	129	105	51	8.710
in €je Einwohner	88	58	310	302	158	136	140	106	161	150	166	45	33	28	37	20	108
Wohngeld in Mio €1993	96	94	23	49	73	137	332	48	20	62	48						981
BaföG in Mio €1993	66	80	11	24	45	65	139	27	7	16	49	13	15	43	21	18	638
HLU in Mio €1993	894	596	193	484	1.004	902	2.248	369	179	353	609	100	54	100	100	59	8.244
Summe 1993	1.055	771	227	556	1.123	1.103	2.718	445	206	431	706	112	69	143	121	78	9.863
in €je Einwohner	103	65	332	327	189	145	153	114	190	160	203	44	38	31	43	31	121
Wohngeld in Mio €1994	102	100	25	48	85	143	353	53	19	62	52						1.043
BaföG in Mio €1994	61	72	11	19	40	59	126	24	6	15	41	10	11	31	15	14	556
HLU in Mio €1994	778	727	201	449	817	956	2.421	370	183	399	729	125	69	163	160	121	8.666
Summe 1994	941	900	236	515	941	1.158	2.900	447	209	476	823	135	80	194	174	135	10.266
in €je Einwohner	92	76	346	303	158	151	163	114	193	176	237	53	44	42	63	53	126
Wohngeld in Mio €1995	113	110	26	58	102	159	369	59	22	65	62						1.144
BaföG in Mio €1995	57	67	10	17	36	56	117	22	6	14	38	9	10	28	13	14	513
HLU in Mio €1995	823	826	219	461	922	1.089	2.660	425	200	447	823	136	87	185	171	132	9.605
Summe 1995	993	1.002	255	535	1.060	1.304	3.146	506	228	525	922	145	98	214	184	145	11.262
in €je Einwohner	96	84	375	314	177	168	176	128	210	193	266	57	53	47	67	58	138
Wohngeld in Mio €1996	123	117	28	63	113	174	395	64	24	69	65						1.235
BaföG in Mio €1996	55	64	9	13	33	52	111	21	5	12	36	10	11	29	13	14	488
HLU in Mio €1996	874	876	227	440	963	1.108	2.729	429	210	461	853	139	100	214	173	129	9.926
Summe 1996	1.051	1.057	265	516	1.109	1.334	3.235	514	239	543	954	149	110	242	187	143	11.648
in €je Einwohner	102	88	390	302	184	171	181	129	221	199	275	58	61	53	68	57	142
Wohngeld in Mio €1997	136	127	31	70	129	185	437	68	25	75	73	54	47	103	62	50	1.671

	BW	BY	HB	HH	HE	NI	NW	RP	SL	SH	BE	BB	MV	SN	ST	TH	Deutschland
BaföG in Mio € 1997	46	57	8	12	27	45	97	18	4	11	31	10	11	29	13	14	433
HLU in Mio € 1997	915	905	238	456	969	1.112	2.777	423	200	493	905	163	165	255	201	141	10.318
Summe 1997	1.097	1.089	277	538	1.125	1.341	3.311	509	229	579	1.008	227	222	387	276	205	12.422
in € je Einwohner	106	90	410	315	187	171	184	127	212	211	293	89	122	85	102	83	151
Wohngeld in Mio € 1998	139	130	32	77	140	184	451	68	26	78	129	62	55	120	70	56	1.818
BaföG in Mio € 1998	42	54	7	12	25	43	90	17	4	10	31	13	12	32	15	16	421
HLU in Mio € 1998	890	922	244	482	977	1.109	2.807	416	202	514	959	178	173	287	230	152	10.543
Summe 1998	1.071	1.106	283	572	1.142	1.336	3.347	501	231	602	1.119	252	239	439	316	223	12.781
in € je Einwohner	103	92	423	336	189	170	186	125	215	218	328	98	133	97	117	90	156
Wohngeld in Mio € 1999	132	126	32	74	144	181	445	65	24	79	84	64	58	127	74	59	1.767
BaföG in Mio € 1999	40	54	7	12	25	43	88	17	4	10	32	15	13	35	17	17	430
HLU in Mio € 1999	833	856	240	463	929	1.069	2.606	387	189	494	961	181	166	298	224	147	10.044
Summe 1999	1.005	1.036	280	548	1.097	1.294	3.139	469	218	583	1.078	260	237	460	315	223	12.241
in € je Einwohner	96	85	420	322	182	164	175	116	203	210	318	100	132	103	118	91	149
Wohngeld in Mio € 2000	123	118	32	69	135	174	450	59	23	73	128	67	59	128	77	56	1.771
BaföG in Mio € 2000	41	56	7	12	25	44	87	17	4	11	34	17	15	39	19	19	446
HLU in Mio € 2000	793	817	234	450	893	1.031	2.573	360	175	459	949	182	168	305	240	147	9.777
Summe 2000	956	991	273	530	1.054	1.248	3.111	436	202	543	1.111	265	241	472	336	222	11.993
in € je Einwohner	91	81	413	311	174	158	173	108	189	195	328	102	135	106	128	91	146
Wohngeld in Mio € 2001	146	147	35	77	189	214	509	66	27	88	149	73	64	151	83	64	2.083
BaföG in Mio € 2001	53	73	9	15	32	56	109	22	5	14	42	23	20	55	25	26	579
HLU in Mio € 2001	761	789	232	428	908	1.036	2.519	338	171	451	971	185	170	317	247	147	9.669
Summe 2001	960	1.008	276	520	1.128	1.306	3.138	425	203	553	1.162	281	255	523	355	237	12.330
in € je Einwohner	91	82	418	303	186	165	174	105	190	198	343	108	144	119	136	98	150
Wohngeld in Mio € 2002	176	171	38	88	169	239	566	74	30	100	173	77	68	155	84	64	2.272
BaföG in Mio € 2002	63	86	10	18	36	66	128	26	6	17	49	27	23	65	29	32	680
HLU in Mio € 2002	790	825	227	441	895	1.042	2.568	344	165	455	959	199	177	338	252	150	9.828
Summe 2002	1.029	1.081	275	546	1.101	1.347	3.262	444	201	572	1.180	302	269	557	366	246	12.780
in € je Einwohner	97	88	417	316	181	169	181	110	189	204	348	117	154	128	143	102	155
Wohngeld in Mio € 2003	181	184	37	88	175	259	622	81	32	109	184	83	74	165	88	68	2.430
BaföG in Mio € 2003	67	91	12	20	39	70	141	29	6	19	52	28	25	69	31	34	734
HLU in Mio € 2003	809	811	222	417	894	1.032	2.513	327	155	449	1.004	211	192	358	264	158	9.817
Grundsicherung in Mio € 2003*	135	149	14	36	89	89	230	56	11	51	-3	22	12	26	12	12	940
Summe 2003	1.192	1.234	285	561	1.197	1.450	3.506	492	204	627	1.238	344	303	618	395	272	13.920
in € je Einwohner	112	100	430	324	197	182	194	121	192	223	365	133	174	143	156	114	169
Wohngeld in Mio € 2004	201	200	42	93	195	273	665	83	32	111	204	88	80	165	92	69	2.592
BaföG in Mio € 2004	70	94	13	21	44	74	152	30	6	20	54	29	26	73	34	35	774
HLU in Mio € 2004	825	867	210	461	871	1.016	2.543	335	157	455	1.001	223	206	370	273	169	9.981
Grundsicherung in Mio € 2004*	165	254	27	48	160	223	380	93	17	69	81	38	33	45	36	18	1.684
Summe 2004	1.262	1.415	292	623	1.269	1.585	3.739	542	211	654	1.340	378	344	653	434	290	15.031
in € je Einwohner	118	114	440	358	209	198	207	133	200	232	396	147	198	152	173	123	182

	BW	BY	HB	HH	HE	NI	NW	RP	SL	SH	BE	BB	MV	SN	ST	TH	Deutschland
Wohngeld in Mio €2005	34	35	4	10	19	39	87	15	3	16	21	17	18	40	16	17	390
BaföG in Mio €2005	70	94	12	22	47	75	162	31	5	20	55	31	28	74	36	36	798
Grundsicherung in Mio €2005*	257	347	29	98	229	335	520	125	36	96	149	47	41	59	36	31	2.435
KdU in Mio €2005	592	649	139	302	576	740	2.146	267	106	325	835	372	301	595	395	267	8.607
Entlastung Ost KdU durch SoBEZ												-190	-128	-319	-187	-176	-1000
HLU in Mio €2005	63	72	15	36	86	72	162	22	9	25	88	9	11	19	13	6	709
Summe 2005	1.016	1.197	199	469	958	1.261	3.078	459	159	483	1.147	287	271	468	309	181	11.940
in € je Einwohner	95	96	300	270	157	157	170	113	151	171	338	112	158	109	124	77	145

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, zusammengestellt vom Statistischen Landesamt des Saarlandes; Ausgaben abzüglich Finanzierunganteile des Bundes; HLU außerhalb von Einrichtungen

* Grundsicherung gekürzt um Erstattung des Bundes nach § 34 WoGG

	BW	BY	HB	HH	HE	NI	NW	RP	SL	SH	BE	BB	MV	SN	ST	TH	Summe
1980	1.515	1.402	1.774	2.061	1.477	1.381	1.479	1.391	1.351	1.383							1.466
1981	1.518	1.417	1.774	2.029	1.482	1.385	1.463	1.399	1.366	1.381							1.465
1982	1.557	1.459	1.813	2.080	1.519	1.415	1.495	1.429	1.399	1.414							1.501
1983	1.647	1.544	1.920	2.225	1.605	1.491	1.571	1.498	1.490	1.490							1.584
1984	1.745	1.642	2.036	2.331	1.712	1.569	1.688	1.575	1.585	1.578							1.684
1985	1.860	1.758	2.150	2.491	1.834	1.675	1.766	1.704	1.680	1.678							1.789
1986	1.940	1.839	2.320	2.568	1.924	1.749	1.878	1.785	1.748	1.747							1.879
1987	2.049	1.940	2.532	2.661	2.043	1.832	1.939	1.840	1.845	1.841							1.967
1988	2.134	2.005	2.656	2.738	2.106	1.931	2.022	1.953	1.941	1.935							2.050
1989	2.269	2.171	2.466	2.921	2.250	2.093	2.201	2.114	2.020	2.087							2.206
1990	2.251	2.134	2.761	2.914	2.242	2.091	2.198	2.110	2.097	2.102							2.200
1991	2.397	2.297	2.954	3.138	2.399	2.246	2.330	2.236	2.246	2.245							2.349
1992	2.563	2.441	3.243	3.375	2.581	2.407	2.508	2.398	2.383	2.401							2.517
1993	2.577	2.527	3.300	3.321	2.628	2.461	2.528	2.444	2.442	2.515							2.559
1994	2.583	2.561	3.286	3.324	2.651	2.489	2.521	2.467	2.465	2.548							2.573
1995	2.498	2.467	3.286	3.341	2.528	2.458	2.482	2.434	2.403	2.484	3.111	2.220	2.211	2.208	2.194	2.189	2.483
1996	2.522	2.503	3.314	3.438	2.573	2.468	2.514	2.449	2.401	2.477	3.111	2.215	2.213	2.214	2.198	2.194	2.506
1997	2.519	2.495	3.268	3.393	2.572	2.447	2.510	2.438	2.394	2.467	3.061	2.210	2.201	2.204	2.191	2.178	2.495
1998	2.676	2.635	3.422	3.634	2.722	2.580	2.650	2.553	2.524	2.593	3.225	2.345	2.334	2.339	2.329	2.313	2.638
1999	2.820	2.790	3.600	3.830	2.910	2.690	2.770	2.670	2.621	2.706	3.387	2.458	2.452	2.455	2.441	2.433	2.772
2000	2.908	2.863	3.634	4.031	3.009	2.745	2.821	2.708	2.678	2.737	3.459	2.515	2.512	2.516	2.499	2.490	2.840
2001	2.721	2.695	3.421	3.684	2.830	2.563	2.629	2.548	2.499	2.563	3.248	2.383	2.359	2.359	2.354	2.340	2.660
2002	2.659	2.635	3.346	3.561	2.739	2.497	2.602	2.470	2.454	2.502	3.173	2.326	2.313	2.312	2.304	2.298	2.604
2003	2.651	2.613	3.285	3.665	2.697	2.485	2.542	2.462	2.441	2.476	3.141	2.307	2.305	2.302	2.302	2.293	2.580
2004	2.742	2.698	3.496	3.763	2.795	2.538	2.632	2.529	2.503	2.566	3.231	2.379	2.376	2.383	2.376	2.362	2.664
2005	2.776	2.738	3.388	3.724	2.798	2.550	2.636	2.552	2.525	2.563	3.266	2.453	2.448	2.425	2.442	2.418	2.687